

Mittel- und Südosteuropäer schlossen vor einem Jahr die Balkanroute

Vor einem Jahr wurde die Balkanroute geschlossen

18. 6. 2015: Mazedonien legalisiert die Durchreise von Flüchtlingen und Migranten per Gesetz, damit wird die Balkanroute als Korridor zur EU geöffnet. Die Flucht wird sicherer, schneller und billiger.

16. 9. 2015: Ungarn schließt die Grenze. Flüchtlinge versuchen den Zaun zu stürmen. Einige Männer attackieren mit Gegenständen die ungarische Polizei. Die Flüchtlinge werden nach Kroatien, dann weiter nach Slowenien umgeleitet.

17. 11. 2015: Slowenien beschließt, dass nur mehr Afghanen, Syrer und Iraker durch das Land reisen können. Mazedonien setzt die Maßnahme um, was in der Konsequenz dazu führt, dass auf der griechischen Seite in Idomeni hunderte andere Migranten hinter dem Zaun bleiben müssen.

21. 1. 2016: Slowenien lässt nur mehr jene Flüchtlinge einreisen, die in Deutschland oder Österreich um Asyl ansuchen wollen.

Erste Februarwoche 2016: Außenminister Sebastian Kurz fährt in sämtliche Hauptstädte der Staaten Südosteuropas und bereitet die komplette Schließung der Route mit den Ministerien vor Ort vor.

18. 2. 2016: Die Polizeidirektoren jener Staaten, durch die die Route führt (Österreich, Slowenien, Kroatien, Serbien, Mazedonien) treffen sich in Zagreb und vereinbaren, dass die Tageskontingente, die von Österreich eingeführt werden, von allen umgesetzt werden, sodass sich nirgends ein großer Rückstau bildet



– außer in der Konsequenz in Griechenland. **Afghanen werden in dem gemeinsamen Text nicht mehr als Flüchtlinge erwähnt**, die aus Kriegsgebieten kommen, und werden überhaupt nicht mehr durchgelassen. Man einigt sich zudem auf ein gemeinsames Registrierungsformular, das für alle gelten soll. Durchgelassen werden auch keine Flüchtlinge mehr, die sich zuvor in einem sicheren Drittland (genannt werden die Türkei und der Iran) länger aufhielten.

20. 2. 2016: Österreich führt eine Obergrenze und Tageskontingente ein – im Dominoeffekt lassen auch die Länder im Süden der Route nur mehr 80 Personen pro Tag über die Grenzen. **Mazedonien schließt zeitweise die Grenze völlig und lässt ab und zu Syrer und Iraker durch.**

24. 2. 2016: Wiener Balkankonferenz

7. 3. 2016: Mazedonien schließt die Grenze zur Gänze. Die Flüchtlinge werden aufgefordert, in Griechenland in

Lager zu gehen und dort um Asyl anzusuchen. Mazedonien verbietet wieder die Durchreise von Flüchtlingen und den Gebrauch öffentlicher Verkehrsmittel. Griechenland wird als erstes Dublin-Land auf der Route wieder für die Asylanträge verantwortlich gemacht.

18. 3. 2016: Der EU-Rat stimmt für das EU-Türkei-Abkommen, wonach Flüchtlinge aus Griechenland in die Türkei zurückgeschickt werden können und Syrer dafür in der EU angesiedelt werden. Das Abkommen wird erstmals am 4. April umgesetzt. Bisher wurden aufgrund des Abkommens 865 Personen in die Türkei zurückgeschickt. Die Türkei machte allerdings die Grenze zu Syrien dicht, was aber nicht Teil des Abkommens war.



Flüchtlingsankünfte in Griechenland



Quelle: APA, UNHCR, BMI, Frontex; Foto: AFP/Sakis Mitrolidis

DER STANDARD

Die Grenzschießung, an die niemand glaubte

Adelheid Wöfl aus Sarajevo

In jede Balkan-Hauptstadt, die er besuchte, kam er mit der gleichen Botschaft: Es sei von Anfang an falsch gewesen, dass man das Weiterwinken in Griechenland „europäisch unterstützt“ habe, meinte Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) vor genau einem Jahr auf seiner einwöchigen Balkanreise, die die Schließung der griechisch-mazedonischen Grenze vorbereiten sollte.

Dem Gemeinschaftsprojekt der drei EU-Staaten Österreich, Slowenien und Kroatien und der Balkan-Staaten Serbien und Mazedonien lag die Erkenntnis zugrunde, dass der offene Korridor nach Österreich, Deutschland und Schweden einen „Pullfaktor“ darstellte, der die Migration über den Balkan massiv verstärkt hatte. Zudem wollte man, dass das EU-Recht, also die Dublin-Regelung, wonach das erste EU-Land, in dem die Flüchtlinge ankommen, zuständig ist, wieder durchgesetzt wird. Dass die Schließung tatsächlich so effizient sein würde, glaubten die Akteure damals aber selbst nicht.

In den österreichischen Behörden ging man davon aus, dass Mazedonien seine Grenze nur einige Tage halten würde können, und rechnete damit, dass Flüchtlinge in jedem Transitland nur jeweils für einige Tage gestoppt werden könnten. Man fürchtete eine finale Zuspitzung in Spielfeld – Österreich sollte aber Zeit gewinnen, um sich darauf vorzubereiten.

Legalisierung der Durchreise

Der Korridor über den Balkan war ursprünglich geöffnet worden, nachdem Mazedonien Mitte Juni 2015 die Durchreise von Flüchtlingen legalisiert hatte. Denn bereits im Frühling waren dutzende Flüchtlinge, die in der Nacht auf den Bahngeleisen durch Mazedonien gegangen waren, von Zügen erfasst und getötet worden.

In den folgenden Monaten waren an manchen Tagen bis zu 12.000 Menschen durch den Balkan gereist. Die Idee war zunächst einmal, diesen Zustrom zu verlangsamen und dann Schritt für

Vor einem Jahr beschlossen die drei EU-Staaten Österreich, Slowenien und Kroatien mit Serbien und Mazedonien, die Balkanroute wieder zu schließen. Der Erfolg des Projekts beruhte auf der Zusammenarbeit der Polizeidirektoren, die im Laufe der Flüchtlingskrise etabliert worden war.

Schritt bestimmte Gruppen nicht mehr durchzulassen.

Diese Einschränkungen (nur noch Kriegsflüchtlinge, keine Afghanen usw.) wurden bereits ab Mitte November von Slowenien eingeführt – und von Mazedonien und den anderen im Dominoeffekt umgesetzt. An den Grenzübergängen spielten sich dramatische Szenen ab. Viele Flüchtlinge blieben auf halbem Weg irgendwo im Niemandsland stecken. Sie beteuerten, dass sie niemals aufgebrochen wären, wenn sie von der suk-

zessiven Schließung gewusst hätten. Slowenien spielte ohnehin eine entscheidende Rolle, weil es sowohl gute Kontakte zu Österreich, als auch zu Mazedonien unterhielt. Die Koordination wurde über die Innenministerien geleitet. In manchen Staaten – wie in Österreich – war das Außenministerium stärker involviert.

Kein Masterplan

Es gab aber keinen Masterplan und keine Hierarchien. Es war eher ein monatelanges Brainstor-

ming, das zu der Schließung führte, „ein breiter Meinungsbildungsprozess“, wie es auch heißt.

Der slowenische Innenstaatssekretär Boštjan Šefic erinnert sich etwa, wie jener Text vorbereitet wurde, der am 18. Februar 2016 von den Polizeidirektoren beschlossen worden war: „Der erste Entwurf reiste durch alle Länder, jedes Land hat etwas hinzugefügt, es war das Ergebnis einer Teamarbeit.“ (siehe Interview unten)

Die Kooperation der Polizeidirektoren hatte sich bereits in den

Monaten davor etabliert, und zwar aus der Not heraus und mitunter im Gegensatz zu den miesen Beziehungen zwischen manchen Staaten. Kurz lud die Regierungschefs und die Außenminister schließlich am 8. März 2016 nach Wien ein. Ein paar Tage später riegelte Mazedonien die Route ab.

„Scheinlösung“

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel bezeichnete dies als „Scheinlösung“. In der EU-Gipfelerklärung am 8. März hieß es hingegen: „Irreguläre Ströme von Migranten entlang der Route des westlichen Balkans müssen nunden.“ Der Effekt setzte schnell ein. „Die Wahrnehmung, dass der Transitkorridor über den Westbalkan nicht mehr zur Verfügung stand, hat zu einem Rückgang der Ankünfte auf den östlichen Ägäisinseln geführt“, schrieb die EU-Grenzschutzagentur Frontex.

„Es war klar, dass wir handeln müssen“

Slowenien reagierte im Vorjahr auf Signale aus dem Norden, weniger Migranten aufzunehmen, erzählt Staatssekretär Boštjan Šefic. Er warnt vor einer Überlastung Griechenlands.

INTERVIEW: Adelheid Wöfl



STANDARD: Wie kam es zur Schließung der Balkanroute?

Šefic: Alle Länder auf der Route waren schweren Belastungen ausgesetzt, und die Länder im Norden von uns machten deutlich, dass sie keine zusätzlichen Migranten mehr hereinnehmen können. Diese Nachricht kam aus Deutschland, Schweden, Dänemark und Österreich. Unser Innenministerium führte eine Einschätzung durch, nach der klar wurde, dass wir handeln müssen. Wir haben daraufhin vorgeschlagen, allmählich die Migrationsroute zu schließen. Premier Miro Cerar schrieb am 18. Jänner 2016 der EU-Kom-

mission, dass wir so handeln werden. Dies war der Beginn des Prozesses und führte zu einem besseren Verständnis im EU-Rat.

STANDARD: Wer hatte die Idee, Schritt für Schritt zuzumachen?

Šefic: Wir sind grundsätzlich immer den Einschränkungen gefolgt, die von den Ländern nördlich von uns eingeführt wurden, denn es galt immer als Bedingung für die Menschen, die nach Slowenien kamen, dass sie weiterreisen. Sie beabsichtigten nicht, Asyl in Slowenien zu beantragen. Die wichtigste Idee war, dass die Route zwischen der Grenze Griechenlands

und Mazedoniens geschlossen wird. Das musste so geschehen, dass Mazedonien und Griechenland dabei geholfen wird.

STANDARD: Was war die Rolle Sloweniens?

Šefic: Slowenien fungierte als Bindeglied zwischen den Ländern. Es gab schon immer eine intensive Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit mit den Ländern Ex-Jugoslawiens. Ein besonderes Glück ist zudem, dass wir immer gute Beziehungen zu Österreich hatten. Unsere Ministerin Vesna Györköš Žnidar hatte ständig eine offene Leitung zu Ministerin Johanna Mikl-Leitner. Das war eine ausgezeichnete Zusammenarbeit.

STANDARD: Hat Slowenien jemals die Dublin-Regelung ausgesetzt?

Šefic: Es war Deutschland, das im September 2015 gesagt hat, dass Dublin nicht operativ ist. Die Situation auf dem Migrationsweg wurde danach organisiert, und die

Bedingungen, die für Dublin benötigt werden, wurden nie erfüllt, denn dies war eine ganz besondere Zeit. Aber an einem Punkt war es notwendig, das europäische System wiederherzustellen.

STANDARD: Ab nächstem März soll auch Griechenland verpflichtet werden, Asylsuchende aus anderen EU-Ländern zurückzunehmen.

Šefic: Deutschland kam zu dem Schluss, dass Griechenland nun in der Lage ist, seine Verpflichtungen durchzuführen. Sollte dies streng umgesetzt werden, so wird aber – so denke ich – Griechenland zusammenbrechen. Deshalb sollten diejenigen, die die Kriterien für Asyl und subsidiären Schutz nicht erfüllen, von der EU in ihre Länder zurückgeschickt werden. Das ist entscheidend, alles andere bringt nur zusätzliche Probleme.

BOŠTJAN ŠEFIC (54) studierte Management, arbeitete im Innenministerium und wurde 2013 Staatssekretär. Foto: EPA